



FIS Briefing

26. Oktober 2020

Nr. 15

Corona und Einstellungen zu Sozialpolitik

Prof. Dr. Henning Lohmann (Universität Hamburg)
Hequn Wang (Universität Hamburg)
Prof. Dr. Miriam Beblo (Universität Hamburg)
PD Dr. Elisabeth Bublitz (Universität Hamburg)
Julian Jäger (Universität Hamburg)

Das Projekt SOECBIAS untersucht den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von Einkommenspositionen und wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen in Europa. Die Datenerhebung wurde im März und im Juni/Juli 2020 und somit während der Corona-Pandemie durchgeführt. Um diese als Kontextfaktor in der Bearbeitung der Fragestellungen abbilden zu können, wurden insbesondere in der in Deutschland durchgeführten zweiten Erhebungswelle Fragen zu Veränderungen während der Corona-Pandemie integriert. Dieses Briefing fokussiert auf sozialpolitische Einstellungen während der ersten Phase der Pandemie. Die Ergebnisse dokumentieren, wie sich in Deutschland persönliche Einstellungen gegenüber nationaler und europäischer Sozialpolitik zwischen März und Juli 2020 verändert haben.

1. Darstellung der Forschungsergebnisse

a. Veränderungen von Einstellungen zu Sozialpolitik

In Tabelle 1 sind die Einstellungen zu Sozialpolitik für die Beobachtungszeitpunkte März und Juni/Juli 2020 dargestellt. Der Anteil, derjenigen, die nicht bereit sind für die bessere Versorgung mit sozialpolitischen und anderen Leistungen höhere Steuern zu bezahlen, ist leicht von 37 Prozent auf 41 Prozent angestiegen. Die Zustimmung zur Aussage, dass der einzelne EU-Mitgliedstaat anstatt der EU mehr Verantwortung für die Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger übernehmen sollte, ist leicht angewachsen. Minimale, aber nach herkömmlichen Standards nicht signifikante Veränderungen sind auch in Richtung einer Verantwortlichkeit bei den Menschen selbst und nicht der nationalen Regierung zu beobachten. Die Zustimmung zu einem EU-weiten Mindestlohn, der an die nationalen Lebensverhältnisse angepasst wird, ist leicht angestiegen. Das

steht in gewissem Widerspruch zu den vorherigen Ergebnissen, die in Richtung weniger Verantwortlichkeit der EU zeigten, und bedarf weitergehender Analysen.

Tabelle 1: Veränderungen von Einstellungen zu Sozialpolitik

	März 2020	Juni - Juli 2020	
Keine Bereitschaft für bessere Versorgung ¹ 2% höhere Steuern zu bezahlen (Anteil in %)	37,0	41,3	**
Zustimmung zu einem EU-weiten Mindestlohn (max. Zustimmung=5)	3,6	3,7	**
Verantwortung Menschen vs. Nationalstaat (max. Zustimmung "Menschen"=10)	4,3	4,5	+
Verantwortung Nationalstaat vs. EU (max. Zustimmung "Nationalstaat"=10)	5,5	5,9	***

¹ Einzel abgefragt wurden Elternzeit, Kinderbetreuung, Bildung, Arbeitslosengeld, Gesundheitsversorgung, Invaliditätsleistungen, erschwinglicher Wohnraum, Renten, Pflege älterer Menschen, öffentliche Sicherheit.

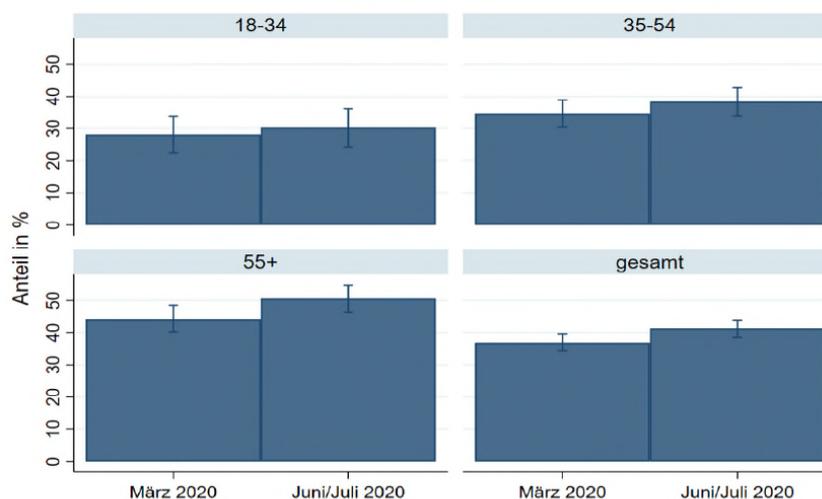
Quelle: Daten des SOECBIAS-Projektes. Signifikanzniveau der Unterschiede: (***) 0,001, (**) 0,01, (*) 0,05, +) 0,10.

Mit Daten zu individueller Betroffenheit durch Corona, zum Erwerbsstatus und Infektionsraten auf Kreisebene (RKI-Daten) wurde überprüft, ob die Veränderungen direkt auf eine individuelle oder regionale Betroffenheit zurückzuführen sind. Die Ergebnisse dieser Analysen zeigen fast durchgängig, dass die Einstellungsveränderungen nicht durch diese Einzelmerkmale zu erklären sind.

b. Kaum Anzeichen für unterschiedliche Entwicklungen nach Bevölkerungsgruppen

Uns liegen umfangreiche Daten zu sozio-demographischen Merkmalen, der Wahrnehmung der Einkommensposition und weiteren Aspekten vor. Betrachtet man die Veränderungen in den Einstellungen zu Sozialpolitik, zeigt sich fast durchgängig, dass Veränderungen über unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in dieselbe Richtung weisen. Zur Illustration ist in Abbildung 1 die Abnahme der Bereitschaft, für die bessere Versorgung mit sozialpolitischen und anderen Leistungen höhere Steuern zu bezahlen nach Altersgruppen dargestellt. In allen Altersgruppen scheint der Anteil derjenigen, die nicht bereit sind, höhere Steuern zu zahlen, angestiegen zu sein, auch wenn der Unterschied nur in der höchsten Altersgruppe signifikant ist.

Abbildung 1: Keine Bereitschaft 2% höhere Steuern zu bezahlen (nach Altersgruppen)



Anmerkung: Dargestellt sind Anteilswerte und 95% Konfidenzintervalle.

2. Relevanz der Forschungsergebnisse für sozialpolitische Praxis und Gesellschaft

Die Corona-Pandemie führt zu stark veränderten Lebensbedingungen und hoher Unsicherheit. Wohlfahrtsstaaten, die allgemein durch die Übernahme einer Wohlfahrtsverantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Reduktion von Unsicherheit und Ungleichheit gekennzeichnet sind, sind mit Herausforderungen in bislang ungekannter Art und Größenordnung konfrontiert. Vor diesem Hintergrund sind Ergebnisse zu Einstellungen zu Sozialpolitik, die auf aktuelle und zukünftige Bedürfnisse sozialer Sicherung verweisen, relevant.

3. Herausforderungen im Forschungsprozess

a. Spezifische Ursachen von Veränderungen

Die Ergebnisse zeigen pauschale Veränderungen über den Zeitraum von März bis Juni/Juli 2020, die bislang kaum auf individuelle oder regionale Faktoren zurückgeführt werden konnten. In weiteren Analysen werden nun u.a. durch die Berücksichtigung von Regionaldaten zu Corona-Maßnahmen und wirtschaftlichen Folgen weitere spezifische Ursachen untersucht. Hierbei besteht allerdings das Problem, dass die Varianz zwischen Regionen und über die Zeit eingeschränkt ist.

b. Zeitliche Perspektive

Die Daten bilden mit dem Zeitraum März bis Juni/Juli 2020 eine frühe Phase der Corona-Pandemie ab. Die Dynamik der weiteren Entwicklung lässt sich auf dieser Datengrundlage nicht abbilden.

c. Forschungsdesign des Gesamtprojektes

Zentral für das Forschungsdesign des Gesamtprojektes ist die Durchführung eines Befragungsexperiments bzw. einer Intervention mit Informationsweitergaben zu Einkommenspositionen. Die Corona-Pandemie als wichtige Kontextbedingung ist in den zentralen thematischen Analysen des Projekts zu berücksichtigen. Gleichzeitig sind bei den aktuellen, spezifisch auf die Corona-Pandemie zielenden Analysen die Besonderheiten des experimentellen Designs zu berücksichtigen.

4. Ausblick für zukünftige Forschung

Gegenwärtig bereiten wir ein Forschungspapier zum Thema des Briefings vor. Grundlage hierfür werden neben den bereits angesprochenen vertiefenden Analysen ggf. auch Ergebnisse aus den anderen drei Befragungsländern (Italien, Polen, Schweden) sein, für die uns allerdings nur Daten aus der 1. Welle der Erhebung (März 2020) vorliegen. Außerdem sind Analysen mit weiteren, im Briefing nicht berücksichtigten Merkmalen wie Beurteilung des Krisenmanagements, Zukunftsaussichten und wirtschaftlicher Betroffenheit durch die Corona-Pandemie geplant.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den FIS-Geförderten in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen. Das Projekt wird über das Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung FIS finanziell gefördert.